

Bauwirtschaft: Vom Klimasünder zum Klimaretter?

Geht es ums Klima, ist der Bau eine Baustelle: Fast 40 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen entstehen bei Errichtung, Betrieb und Rückbau von Gebäuden. Maßnahmen für klimafittes Bauen werden bislang aber nur inkonsequent umgesetzt. Mit Ausschreibungen in Milliardenhöhe kann die öffentliche Hand hier eine Trendwende einläuten.

Vorgaben zur Bekämpfung des Klimawandels bleiben im Bereich Bauen & Wohnen oftmals ungehört. Viel größer und drängender scheint in Zeiten steigender Mieten und Energiepreise die Frage, wie Wohnen im Jahr 2024 überhaupt noch leistbar sein kann. In Österreich wird indes fleißig weitergebaut: Zu den bereits bestehenden zwei Millionen Wohngebäuden kommen jährlich im Schnitt 50000 weitere Wohneinheiten hinzu. „Soll neben dem Bauziel auch das Klimaziel erreicht werden, das da heißt ‚Klimaneutralität bis 2040‘, so muss die Bauwirtschaft allerdings dringend umdenken“, sagt Vergaberechts-Experte Martin Schiefer von der Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte. Den größten Hebel dafür habe der österreichische Staat mit seinen zig Vergabemilliarden, die alljährlich in Bau- und Infrastrukturprojekte fließen.

Vergaberecht als Belohnungs-Tool

Neben dem leistbaren Wohnen drängt sich also auch die Frage nach dem „lebbaren“ Wohnen auf. Denn allgemein bekannt ist, dass die zunehmende Überhitzung der Städte die Gesundheit der Menschen gefährdet. Eine besondere Herausforderung ist dabei die Sanierung des bestehenden Gebäudebestands. Alte Gebäude, beheizt mit Öl oder



Der Staat kann mit den Geldern für Bau- und Infrastrukturprojekte „lebbares Wohnen“ steuern.



Mit einem innovativen Zugang und jahrzehntelanger Erfahrung setzt sich das Team der Kanzlei Schiefer dafür ein, Vergaberecht neu zu denken.

Gas, unzureichend gedämmt, sind wahre Klimasünder. Wie die öffentliche Vergabe hier tätig werden kann? „Indem Themen wie Lebenszyklusbetrachtungen, Nachnutzungs-Möglichkeiten und die Wiederverwertung verwendeter Baumaterialien im Sinne der Kreislaufwirtschaft zentrale Bedingungen einer jeder Ausschreibung werden“, so der Vergabe-Jurist.

Vergabe als Belohnung

Ebenso wichtig sei die schon lange überfällige Abkehr vom Billigstbieter-Prinzip: „Vergaberecht muss von der öffentlichen Hand als Belohnungs-Tool verstanden werden. Bekommen vorbildlich wirtschaftende, innovative Unternehmen aus der Region den Vorzug, so ist das nicht nur im Sinne des Klimaschutzes, sondern auch im Sinne der heimischen Wirtschaft.“ Auch der Einsatz neuer, ressourcenschonender Baustoffe sowie das Eingehen zielführender Projektpartnerschaften und Kooperationsmodelle müssten belohnt und bei Auftragsvergaben stärker berücksichtigt werden.

Großes Potenzial ergebe sich zudem durch die Digitalisierung. Ein gutes Beispiel sei die

intelligente Gebäudesteuerung durch „Smart Meter“, die den Energieverbrauch deutlich optimiere. „Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden – man muss sie jetzt nur noch sinnvoll und konsequent einsetzen“, so Martin Schiefer. Maßnahmen gegen



„Für das Klimaziel am Bau muss die Bauwirtschaft dringend umdenken.“

Martin Schiefer, Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte

den Klimawandel kosten Geld, ohne Frage. Dieses zu investieren, ist allerdings alternativlos. Bauen im Jahr 2024 heißt daher: Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit fördern, in Lebenszyklen denken, Innovationen belohnen – denn nur so können Städte weiter „lebbbar“ bleiben. ■

www.schiefer.at